

(Redaktions-Galle)

Öffentliche Debatte um sexuellen Mißbrauch

WORMS (vog) — „Skifas“ heißt ein Bundesverband von Selbsthilfegruppen, in denen sich nach eigener Aussage „unberechtigt vom Mißbrauchsvorwurf Betroffene“ organisiert haben. In einem Faltblatt heißt es: „Wir sind beunruhigt über das vielerorts von angeblich zum Kindeswohl Tätigen professionell betriebene Hineinspekulieren eigener Verdächtigungen angeblichen sexuellen Mißbrauchs in unbelastete Kinderseelen.“ Die Wormser Regionalgruppe von „Skifas“ nennt sich „Schuldig auf Verdacht“ und trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat ab 20 Uhr in der Herrnsheimer Gaststätte „Dalbergeck“. Ansprechpartnerin in Worms ist Irene Adamski, die Telefonnummer der Gruppe lautet (0 62 47) 58 04. Am vergangenen Samstag informierte man am KW-Würfel über die Ziele und Arbeit der Gruppe.

Schwerpunkt der Kritik in Worms ist die Herausnahme von Kindern aus Familien „ohne nachgewiesene Täterschaft“. In einem Flugblatt heißt es: „Kinderschützer oder professionelle Helfergruppen leiten aus kleinen Auffälligkeiten bei den Kindern sexuellen Mißbrauch ab. Eine unkontrollierte Vermutung wird sofort zur Tatsache erklärt. Man beschimpft die Eltern als Täter, obwohl in keinem Fall eine Verurteilung zu Grunde liegt. Dies bedeutet: Teils seit Jahren werden beweislos den Eltern ihre Kinder und den Kindern ihre Eltern entzogen.“ Die Heimunterbringung kostete bis zu 10 000 Mark pro Kind im Monat, was



Die Skifas-Selbsthilfegruppe „Schuldig auf Verdacht“ stellte sich am vergangenen Samstag am KW-Würfel der Öffentlichkeit vor.

Foto: Uhrig

der Staat „von den verfolgten Eltern wieder einzutreiben“ suche. Kritisiert werden feministische, bzw. parteiliche Beratungsstellen, ärztliche Diagnosen, Staatsanwälte, Richter und Jugendämter.

„Wildwasser“ in Worms ist eine solche von „Skifas“ angegriffene Beratungsstelle, welche einen staatlich geförderten und gesetzlich vorgeschriebenen Kinderschutzdienst betreibt. Danach ist die Beratungsstelle verpflichtet, im Zweifelsfall, wenn Interessen von Kindern und Eltern kollidieren, das Kindeswohl in den Vordergrund zu stellen. „Wildwasser“ ist aber weder dazu da, Kinder aus den Familien zu holen — diese Ent-

Fortsetzung auf Seite 3

Wormser Wochenblatt
v. 7. Dez. 1895

Öffentliche Debatte zu sexuellem Mißbrauch

Fortsetzung von Seite 1

scheidung liegt bei Vormund-
schaftsgericht und Jugendamt
—, noch soll und will man in
der Betreuung von Mißbrauch
betroffener Kinder gericht-
sverwertbare Aussagen schaf-
fen — das ist Aufgabe richter-
licher Vernehmungen nach ei-
ner Anzeige. Für „Wildwasser“
ist der Wille des Kindes maßge-
bend, mit dem gemeinsam ein
Hilfsplan erarbeitet wird, der
beinhaltet, wie sich das Kind
sein weiteres Leben und seinen
Schutz vor sexuellem Miß-
brauch vorstellt. Dabei ist der
Regelfall, daß sich die Familie
im Verlauf der Beratung von
dem Familienmitglied trennt,
das Mißbrauch betrieben hat.
Der Täter zieht aus. Nur in
einem kleinen Teil der Fälle
kommt es durch Anzeigen von
Kindern, Jugendlichen, Eltern,
Verwandten oder den Ämtern
zu strafrechtlichen Verfahren.
Jugendliche wünschen öfter
von sich aus, die Familien zu
verlassen, Kinder nur ganz sel-
ten.

Es geht bei den Vorwürfen von
„Skifas“ also um besondere Fäl-
le, die nach der jeweiligen Ein-

zelsituation von Gericht und
Jugendamt entschieden wur-
den. Die Kritik an Sachverständi-
gen und Gerichten betrifft
bundesweite Fragen, die so-
wohl im medizinischen und
psychologischen als auch im
juristischen Bereich umstrit-
ten sind. Die zunehmenden
Fall- und Prozeßzahlen haben
gezeigt, daß die Institutionen
nur unzureichend auf die Bear-
beitung vorbereitet sind. Des-
halb ist eine öffentliche Debat-
te sinnvoll, um Klärungen im
Bereich von Wissenschaft und
Justiz herbeizuführen. Die an-
gelsächsische Lösung, nach der
das Kind vor Gericht mit einem
eigenen Anwalt auftritt, ist sol-
chen Verfahren besser gewach-
sen als das deutsche Recht, bei
dem der unabhängige Richter
Teilfunktionen solcher Anwalt-
schaft übernehmen muß. Er ge-
rät dadurch in die Zwickmühle,
daß er entweder das Kind nicht
genügend vor Verletzungen
durch das Prozeßverfahren
schützen kann oder aber den
Anwälten der Angeklagten
Gründe liefert, ihm Parteilich-
keit vorzuwerfen.

(woe)